

# **SPD und Grüne stimmen gegen Mindestlohn von 10€ bei der Stadt und städtischen Tochtergesellschaften**

von [Jan Schalauske](#), Montag, 30. Januar 2012 um 11:48

Augenwischerei beim Mindestlohn

Rede in der Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2012

Nachdem wir im Frühjahr/Sommer vergangenen Jahres bekanntlich alle ein bisschen länger warten durften, bis sich SPD und Grüne auf einen Koalitionsvertrag geeinigt hatten, war ich selbstverständlich sehr gespannt, worauf sich die Koalitionärinnen und Koalitionäre verständigt hatten.

„Wir garantieren den von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn“, so heißt es wohlklingend im Koalitionsvertrag gleich auf Seite 1.

Diese Ankündigung schien uns zunächst sehr begrüßenswert, war es doch in der Vergangenheit eine ganz große Koalition aus SPD, CDU, Grünen und FDP, die die Arbeitsmärkte dereguliert haben, Beschäftigungsverhältnisse prekarisiert und öffentliche Aufgaben privatisiert und ausgegliedert haben. Die Folge: Heute gibt es in der Bundesrepublik einen großen Niedriglohnsektor. Waren es noch 1998 rund 14 Prozent der abhängig Beschäftigten, die als Geringverdiener bezeichnet werden müssen, sind es 2009 schon über 22 Prozent, so belegen es Zahlen der Universität Duisburg-Essen und des deutschen Instituts der Wirtschaft. Jeder fünfte Beschäftigte muss heute mit einem Niedriglohn auskommen. Eine beschämende Zahl angesichts des Reichtums in dieser Gesellschaft.

Die Partei DIE LINKE hat sich deshalb seit ihrer Formierung für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn stark gemacht. Anfangs dafür vom politischen Gegner noch beschimpft, hat sich inzwischen der Wind gedreht. Nicht nur eine Mehrheit in der Bevölkerung ist für die Einführung des Mindestlohns, sondern mittlerweile auch SPD, Grüne und sogar bei der CDU ist nach ihrem Parteitag Ende des vergangenen Jahres hinter dem sprachlichen Nebel der Lohnuntergrenze der Hauch eines Mindestlohns zu erkennen, zwar völlig unzureichend, aber vielleicht zeigen sie sich da ja noch weiter lernfähig.

Nun aber schnell zurück nach Marburg:

In der Oberhessischen Presse war mehrfach zu lesen, dass Steffen Rink und Marianne Wölk den Beschluss der Koalition zum Mindestlohn in der Stadt als Beleg für die „sozialdemokratische Handschrift“ herangezogen haben. Verständlich, dass Sie nach was vorzeigbarem suchen, immerhin haben sich bekanntlich die Grünen in den Koalitionsverhandlungen ziemlich durchsetzen können. Stichwort Windräder.

Die Marburger Linke war also neugierig und hat gleich mal nachgehakt und nachgefragt, wieviele Beschäftigte von der Koalitionsvereinbarung profitieren würden. In der Antwort auf unsere kleine Anfrage vom 11.08.2011 hat der Oberbürgermeister Egon Vaupel ausgeführt, dass kein Beschäftigter der Stadtverwaltung, des Dienstleistungsbetriebes (DBM) noch eines städtischen Tochterunternehmens weniger als 8,50€ verdient.

Kein einziger Beschäftigter also. Ich frage Sie, Herr Rink und Frau Wölk, wussten Sie bzw. die SPD einfach nicht, dass, Sie im Koalitionsvertrag etwas beschließen, was keinerlei Auswirkungen hat. Dieses Verhalten wäre zwar ärgerlich, aber menschlich verständlich. Für den Fall, dass Ihnen aber vorher bekannt war, dass dieser Beschluss lediglich Symbolpolitik ohne jede Auswirkung ist, bleibt mir leider nichts anderes übrig als Ihnen „Augenwischerei“ vorzuwerfen.

Ich weiß, nun werden Sie einwenden, immerhin verdient im öffentlichen Bereich in Marburg kein Beschäftigter weniger als 8,50€ die Stunde. Angesichts der eingangs geschilderten Zustände könnte man sich fast darüber freuen. Aber ich frage Sie, wie weit sind wir schon gekommen, dass wir uns über solche Stundenlöhne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, die einst eine Vorbildfunktion für die Ausgestaltung der Lohnarbeit für sich beansprucht hat - freuen müssen.

Unsere kleine Anfrage hat des weiteren die Tatsache ans Tageslicht gebracht, dass von einem Mindestlohn von 10€ immerhin 38 Mitarbeiter/innen der Marburger Service GmbH sowie 30 geringfügig Beschäftigte in der Stadtverwaltung und Aushilfen bei der Stadtwerke Marburg Immobilien GmbH real profitieren würden, weil sie bisher weniger verdienen.

Insbesondere für die 38 Beschäftigten der Marburger Service GmbH, die laut Eigendarstellung den Küchenbetrieb, die Wäscherei, die Reinigung sowie die Haustechnik für die Marburger Altenhilfe übernimmt, wäre es ein wichtiger Schritt aus dem Niedriglohnbereich, dessen Grenze in Westdeutschland bei 9,73€ liegt. Aber vielleicht ist dieser Weg nicht gewollt? Wurde die Marburger Service, ähnlich wie die Tochtergesellschaften der Stadtwerke nicht sogar gegründet, um in diesen Bereichen einen niedrigeren Lohn zahlen zu können?

Herr Sawalies sprach im Ausschuss, so habe ich mir sagen lassen, von einem Schauantrag. Nein Herr Sawalies, es geht hier nicht um einen Schauantrag. Wir fordern 10€ Mindestlohn bei der Stadt und den städtischen Töchtern, weil nur dieser Lohn, auch wenn er noch immer zu niedrig ist, dazu führt, dass die Menschen erstens aus dem Niedriglohnbereich heraus geholt werden - und zweitens im Alter wenigstens eine Rente bekommen, die über der sogenannten Mindestsicherung im Alter (das Hartz IV Äquivalent) liegt.

Uns wurde entgegnet, wir würden die Tarifautonomie untergraben wollen. Nein, das ist falsch. Für DIE LINKE ist die Tarifautonomie ein hohes Gut. Wir wollen lediglich eine Untergrenze schaffen, verhindern, dass Menschen so wenig verdienen, dass sie trotz Arbeit von Armut betroffen sind. Über dieser Untergrenze können und sollen höhere Löhne verhandelt werden.

Auch wurde uns vorgeworfen, wir würden Studentenjobs vernichten wollen. Nein, auch darum geht es uns nicht. Aber das es einen Zusammenhang zwischen der Ausweitung von Teilzeitstellen und Geringfügiger Beschäftigung und der Zunahme von prekären Lebenssituationen und Armut gibt, werden sie wohl nicht leugnen können. Wir fordern die Umwandlung, wo immer sie möglich ist.

Und lassen Sie mich noch diese Nebenbemerkung machen: Das Studierende heute kaum noch Bafög in Anspruch nehmen können und stattdessen auf diverse Hilfsjobs angewiesen sind, um sich das Studium zu finanzieren, ist kein tragbarer Zustand. Liebe Kolleg/innen von den Grünen lassen Sie uns lieber überlegen, wie wir ein besseres und elternunabhängiges Bafög durchsetzen können, anstatt Aushilfsjob für Studenten zu verteidigen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, insbesondere die Kolleg/innen der Koalition,

Sie können heute zeigen, ob es Ihnen um mehr als Symbolpolitik geht, nämlich um reale Verbesserungen für die Beschäftigten.

Vielen Dank.